

Bezugsbedingungen und Einzelpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-6 Uhr
Verleger: Dornbrink-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Sitzung der Botschafterkonferenz.

Mitbestimmung in Amerika.

Paris, 27. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend vormittag um 11 Uhr trat im Auswärtigen Amt in Paris die Botschafterkonferenz zusammen, um zu der Räumung der Kölner Zone Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der interalliierten Kontrollkommission in Berlin General Walsh, der sich augenblicklich in Paris befindet, wird an dieser Sitzung teilnehmen. Da der endgültige Bericht der Kontrollkommission noch nicht vorliegt, wird die Konferenz ihre Entscheidung auf Grund des letzten Halbmonatsberichts der Kommission und auf Grund des Berichts des interalliierten Militärkomitees von Versailles treffen. Die Botschafterkonferenz wird, wie jetzt schon verlautet, feststellen, daß Deutschland die Entwaffnungsbedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt habe. Sie wird auch darüber entscheiden, in welcher Form und wann diese Feststellung und der sich darauf stützende Beschluß der interalliierten Regierungen, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen, der deutschen Regierung mitgeteilt werden wird.

Der britische und der französische Standpunkt.

London, 27. Dezember. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Sitzung der Botschafterkonferenz sei auf heute verschoben worden, weil am Dienstag und Mittwoch britische und französische Delegationen über die Frage der Räumung der Kölner Zone ausgetauscht wurden, die einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiderseitigen Auffassungen enthielten. Infolgedessen sei beschlossen worden, Beratungen zwischen London und Paris sowie mit Rom und Brüssel abzuhalten in der Hoffnung, eine gemeinsame Vereinbarung wegen des Inhalts der Note zu erzielen, die von der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung abgehandelt werden müßte und in der letztere benachrichtigt werden würde, daß und warum die Befreiung der Kölner Zone fortgesetzt werden wird. Während die britische und die französische Regierung über die Unmöglichkeit, Köln am 10. Januar zu räumen, einer Ansicht gewesen seien, seien sie bezüglich der Realisierung dieses Schrittes und der aus dieser zu ziehenden Schlussfolgerungen verschiedener Meinung gewesen. Die britische Ansicht sei dahin gegangen, daß die endgültige Entscheidung über die Frage lediglich über das bekannte Datum hinaus verschoben werden sollte bis die ausführlichen Berichte der interalliierten Kontrollkommission von den Regierungen in angemessener Weise erwohnen worden seien. Die französische Ansicht sei, daß die bereits vorliegenden vorläufigen Berichte der Kommission genügend Beweise brächten, daß Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht erfüllt habe, so daß die Befreiung der Kölner Zone folglich automatisch aufrechterhalten bleiben müßte, bis diese Verpflichtungen vollkommen erfüllt seien. Paris habe daher gewünscht, daß eine einfache Mitteilung in diesem Sinne ohne weiteren Bezug auf die deutsche Regierung abgehandelt werden sollte.

Diese Meinungsverschiedenheit sei in der Hauptsache auf andere Differenzen zurückzuführen. Im ganzen nähmen die britischen Sachverständigen gewisse Verstöße der deutschen Militärbehörde in der Frage der Effektivbestände, ihrer Ausbildung oder der industriellen Abrüstung nicht ganz so ernst wie ihre französischen Kollegen, da sie der Ansicht seien, daß einige derartige Verstöße unermesslich und verhältnismäßig harmlos seien, während im Hinblick auf die deutsche Sicherheitspolitik ein Kompromiß ohne Zeitverlust und Schwierigkeiten erreichbar sein sollte. An zweiter Stelle nehme man britische Bedenken dazu, eine nicht zu entfernte Zeitgrenze für die Räumung des Kölner Gebiets festzusetzen, während der die deutschen Behörden sich verpflichten würden, die wesentlichen Mängel in der Ausführung der Militärklauseln des Friedensvertrages zu beheben.

Der Berichterstatter schließt, er erfahre, daß Brüssel mehr oder weniger dem französischen Standpunkt zuneige und daß Rom wünsche, den letzteren mit dem britischen zu verschönern.

Das Gutachten Focks.

Paris, 26. Dezember. (W.B.) Das Gutachten des Marschall Fock als Vorsitzender der interalliierten Militärkontrollkommission an der Hand der Berichte der Kontrollkommission über das Stand der deutschen Abrüstung ausgearbeitet hat, wird morgen vormittag der Botschafterkonferenz unterbreitet. Der Pariser Vertreter der „United Press“ erzählt folgende Einzelheiten aus dem Gutachten:

Es erscheint ausgeschlossen, daß Deutschland bis zum 10. Januar 1925 die Abrüstungsklausel des Versailler Vertrages getreulich erfüllt. Es folgt dann eine vergleichende Darstellung in der Lage am September 1922 und des gegenwärtigen Standes der deutschen Abrüstung. Die militärische Leistungsfähigkeit Deutschlands sei ohne jeden Zweifel durch die nachstehenden Faktoren verfehlt worden: 1. Reorganisation des Oberkommandos. 2. Revidierung des zweiten Generalstabes. 3. Einstellung und Ausbildung der Zeitfreiwilligen. 4. Veränderte Werbelinien der Geheimverbände. Weiter wird in dem Bericht behauptet, daß in der Durchführung der Entwaffnung Deutschlands kein nennenswerter Fortschritt erzielt worden sei, obwohl andererseits die Rüstungen keine offensichtliche Vermehrung erfahren hätten. Ebenso habe die Produktionsfähigkeit von Kriegsmaterial in nennenswertem Maße noch zugenommen. Die militärische Ausbildung der deutschen Jugend habe in den militärischen Geheimverbänden wie in der eigentlichen Armee einen großen Umfang angenommen.

Neber die fünf Punkte, deren Ausführung die Botschafterkonferenz von Deutschland forderte, enthält der Bericht folgende Angaben: 1. Die Reorganisation der Staatspolizei ist bei weitem noch nicht durchgeführt worden. Sie hat bis jetzt

ihren militärischen Charakter bewahrt, denn einerseits wurde nicht nur die Zahl der Mannschaften vermehrt, sondern es sind auch Reserveeinheiten gebildet worden. 2. Die Umwandlung der Munitionsfabriken in Fabriken mit Friedensarbeiten ist nicht allgemein durchgeführt worden. In den militärischen Konstruktionswerken wurden weder wesentliche Einschränkungen noch neue Verbesserungen vorgenommen. 3. Die Kommission war nicht in der Lage, eine Liste der verbotenen Schriften (?) zu erhalten. 4. Ebenfalls konnte sie es nicht, daß ihr die Dokumente über den Stand des Kriegsmaterials im Moment des Waffenstillstandes überreicht wurden. 5. Deutschland hat seit 1922 keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die Reichsgesetze mit der militärischen Klausel des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen. Zum Schluß wird in dem Bericht ausgeführt, daß sich Deutschland auch Verstöße gegen die Klausel über die Abrüstung der Küstenbefestigungen habe zuschulden kommen lassen. Die Generalinspektion der interalliierten Kontrollkommission sei im September in verschiedenen Punkten auf Widerstand gestoßen. Trotzdem habe die Kontrollkommission bedeutsame Verfehlungen festgestellt, wobei sie von geringeren Verstößen überhaupt absehe.

Die französische Linkspresse für Herriot.

Paris, 27. Dezember. (W.B.) „Quotidien“, der sich bis jetzt in der Frage der Räumung der Kölner Zone reserviert verhalten hatte, veröffentlicht heute einen Artikel, in dem er erklärt, die Entscheidung von verstedten Waffen habe die Räumung der Kölner Zone unmöglich gemacht. Alle Welt werde Frankreich, England und Belgien zustimmen und verstehen, daß sie augenblicklich nicht geneigt seien, die militärischen Forderungen aufzugeben, die sie in Händen hätten. Es sei sehr natürlich, daß Deutschland seine vollkommene Freiheit wieder erlangen wolle und bitter enttäuscht sei über die Verlängerung der Befreiung von Köln. Es wäre für ein Land nicht würdig zu leben, wenn es nicht seine Integrität wieder zurückerlangen wolle. Das Blatt schreibt weiter: Wir Franzosen erwarten ungeduldig die Stunde, in der wir mit einer Nation wieder normale Beziehungen herstellen können, die zu lange unterbrochen waren und deren Wiederherstellung für den Frieden unerlässlich ist. Aber normale Beziehungen können nicht wiederhergestellt werden dadurch, daß man den nationalistischen Geist entläßt, daß man sich bewußt und die Reparatoren vorbereitet. Wenn das demokratische Deutschland es nicht versteht, dem reaktionären Deutschland seinen Willen aufzuzwingen, dann darf man nicht damit rechnen, daß die interalliierten Regierungen die Augen vor einer solchen Lage verschließen. Wir brauchen Sicherheit, um wieder arbeiten zu können. Das Deutsche Reich muß erklären, ob es eine ehrliche Erfüllung der Entwaffnungsklausel erstreben will oder nicht. Wenn es das nicht will, dann hat es sich alle Leiden selbst zuzuschreiben und die volle Verantwortung für die europäische Verwirrung wird ihm aufgebürdet werden.

Auch „Le Nouvelliste“ vertritt heute den Standpunkt Herriots und sagt, daß er nicht leichtfertig den Beschluß gefaßt habe, die Kölner Zone nicht am 10. Januar zu räumen. Die sehr entgegenkommende Absicht Herriots scheint rechts des Rheins nicht verstanden worden zu sein. Kein französischer Ministerpräsident könne unter diesen Umständen eine andere Entscheidung treffen als die, die Herriot unter Bewilligung von Chamberlain und Thurnis getroffen habe. Man habe in Frankreich den Eindruck, daß Deutschland Hintergedanken habe und nicht „fair play“ spiele. Frankreich wolle weder auf den Frieden noch auf den Fortschritt verzichten. Das müsse Deutschland bedenken, denn man wolle es weder demühtigen noch beherrschen.

Coolidge hofft auf befriedigende Lösung der Räumungsfrage.

New York, 27. Dezember. (W.B.) Wie die „Associated Press“ aus Washington meldet, vertraut Präsident Coolidge darauf, daß zwischen Deutschland und den Alliierten hinsichtlich der Räumung des Brückenkopfes von Köln eine befriedigende Regelung erzielt werden wird. Dies Vertrauen gründet sich auf die Geschicklichkeit, die die europäischen Regierungen in den vergangenen Monaten bei dem Abschluß von Abkommen für ihre eigene Wohlfahrt gezeigt haben. Amerika habe kein offizielles Interesse an der Frage der Räumung und demzufolge sei auch keine amerikanische Aktion zu erwarten. Indessen hätten die Vereinigten Staaten ein allgemeines Interesse an allem, was das Wohlergehen Europas berühre, und demgemäß würden die offiziellen Stellen inoffiziell ihre besondere Aufmerksamkeit den Maßnahmen der Botschafterkonferenz und den Schlussberichten der Militärkontrollkommission zuwenden.

Die angeblichen geheimen Waffenlager. Eine neue Erklärung der Regierung.

Zu den französischen Behauptungen über neu entdeckte heimliche deutsche Waffenlager wird von zuständiger deutscher Stelle wiederholt erklärt, daß es sich dabei nur um Borräume handle, die die Verzögerung der Räumung der Kölner Zone hemmeln sollten; was an überzähligen Waffen bei der Generalinspektion vorgefunden worden sei, stehe in gar keinem Verhältnis zu den französischen Behauptungen wie zu der erlaubten Menge deutscher Waffen. Wenn erst die Militärkontrollkommission über ihre angeblichen Funde öffentlich und genau Bericht erstatte, dann werde sich ohne weiteres die Richtigkeit der deutschen Darstellung ergeben.

Primo de Rivera vor dem Ende.

Von Hanns-Erich Kaminski.

Der Zeitungsleser, dem seit Monaten immer wieder das Ende der spanischen Militärdiktatur angekündigt wird, mag vielleicht nicht mehr recht daran glauben wollen. Aber man muß in Betracht ziehen, daß Spanien nicht mit demselben Maßstab wie vorgeschrittene Länder gemessen werden kann. Wirtschaftlich noch kaum bis zum Kapitalismus entwickelt, geistig völlig unter dem Druck der Kirche stehend, politisch gänzlich ungeschult, hat das spanische Volk noch keinen ausgesprochenen oder auch nur bewußten politischen Willen. Aus seiner wechselvollen Geschichte hat es nur die Erfahrung gewonnen, daß es auf die Ausbeuter nicht ankommt, wenn die Ausbeutung die gleiche bleibt. Auch die aufgeklärten Schichten interessieren sich wenig für die öffentlichen Angelegenheiten. Die Politik ist der Beruf einiger Personen, die oft auch nur Dilettanten sind, und eine öffentliche Meinung, ein öffentliches Gewissen gibt es überhaupt kaum.

Der Mangel einer umfassenden politischen Willensbildung läßt die politischen Parteien zu keiner sonderlichen Bedeutung kommen. Das ist der Grund für die starke Stellung des Militärs.

Die Armee ist folglich von Natur eine Organisation, ihre Führer sind beinahe die einzigen in Spanien, die eine geschlossene, disziplinierte Masse hinter sich haben. Man weiß, daß die Generale mehr oder weniger in allen Ländern sich als die Stützen des Staates fühlen. Hier kommt — oder kam wenigstens bis zum Putsch von Barcelona — noch hinzu, daß ihnen eine schwache Zivilregierung gegenüberstand, deren demokratische Form nur ein Schleiher war, hinter dem die herrschende Schicht ihre Geschäfte besorgte.

Uebrigens ist das Unternehmen Primo de Riveras nicht das erste dieser Art in der spanischen Geschichte. Die „Pronunciamientos“ (Militäraufstände) haben in der spanischen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts immer wieder eine Rolle gespielt, und Primo de Rivera wird nicht nur an Mussolini, sondern auch an den General Prim gedacht haben, als er sich an die Spitze des Staates stellte.

Auf der Grundlage dieser Verhältnisse und dieser Traditionen ist die Formel der konstitutionellen Monarchie nicht mehr als eben eine Formel. Alfons XIII., der bereits als Kind auf den Thron kam und von Offizieren und Jesuiten erzogen wurde, ist immer nur auf die Stärkung seiner persönlichen Stellung bedacht gewesen. Der marokkanische Krieg geht auf seine eigenste Initiative zurück, und es kann kein Zweifel sein, daß er von der Ausrufung der Militärdiktatur, deren Hauptzweck ja die Vertuschung der Unfähigkeit und Korruption in der Kriegsführung war, gewußt hat. Das Schicksal der Diktatur ist daher eng mit der Diktatur verknüpft, als den König heute lieb sein mag, aber es ist schwer und beinahe unmöglich für ihn, aus dem Kreis zu springen, den er selbst um sich gezogen hat.

Die Diktatur hat vollkommen versagt. Von ihren Versprechungen ist nichts übrig geblieben. Die Lage in Marokko hat sich eher verschlimmert als gebessert, der Staatshaushalt ist durch die damit verbundenen Ausgaben auf das Schwerste belastet; die Peseta entwickelt sich langsam nach unten. Das Direktorium hält sich an der Macht nur durch einen entsetzlichen Terror, der auch vor den verwerflichsten Methoden nicht zurückschreckt. Die Ereignisse in der Provinz Navarra, wo Godspigel eine Anzahl Ungläubiger zu einem Volksputsch verleitet, vor Gericht dann gegen die im Ausland lebenden Führer der Opposition ausagte und schließlich trotzdem zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, sind ein blutiger Beweis für die Regierungskunst der Diktatoren.

Alle wirklichen Kräfte des Landes stehen völlig beiseite. Nicht nur die Geistlichen und die Parteien der Linken, auch die guten Monarchisten der Rechten, Männer wie Maura und Romanones, die zu wiederholten Malen Ministerpräsidenten waren, befinden sich in schärfster Opposition. Für das Direktorium sind nur der König und seine Clique, der Klerus und das Offizierskorps.

Indessen ist auch das Offizierskorps und sogar das Direktorium selbst keineswegs einheitslich. Es gibt zwei Richtungen: die der Monarchisten, die vor allem zum König stehen und als deren Führer der frühere Oberkommissar für Marokko, General Berenguer gilt, und die der „Juntas“ (Offiziersverbände), an deren Spitze General Nouvilas steht.

Nouvilas ist die „graue Eminenz“ des Direktoriums. Auf ihn und auf den General Martinez Anido, den Syndikalistenschlächter von Barcelona, gehen in erster Linie die Grausamkeiten der Diktatur zurück. Nominell sind die „Juntas“ zwar aufgelöst, aber in Wirklichkeit sind sie immer noch die stärkste Macht in Spanien und haben die monarchistische Gruppe ziemlich an die Wand gedrückt. Ihre Ziele sind dabei durchaus unklar. Von Nouvilas weiß man nicht einmal, ob er Monarchist oder Republikaner ist.

Die Führer der Konservativen und Liberalen, die die Monarchie gern reiten möchten, haben den Wunsch, sich mit Berenguer zu verbünden, und tatsächlich marschieren sie bereits auf einer Linie. Es ist jedoch sehr die Frage, ob es ihnen gelingen würde, die Monarchie zu halten, sobald einmal der große Erdbeben beginnt sollte.

Augenblicklich sind die Verhältnisse jedenfalls unerträglich. In Katalonien, wo die separatistische Bewegung immer stark

Gefängnisse sind längst überall überfüllt, die weißen Stellen der Zeitungen werden immer deutlicher, die Unmöglichkeit, Versammlungen abzuhalten, wirkt schließlich gleichfalls aufklärend. Und die unterirdische Tätigkeit der Republikaner, deren Führer Unamuno, Ibanez und Ortega in Paris leben, beginnt allmählich doch ins Volk zu dringen. Ganz abgesehen von der Haltung der Syndikalisten und Sozialisten, über die niemand im Linken sein kann, auch wenn sie zum Schweigen verurteilt sind.

Das Direktorium fühlt die Leere um sich. Insbesondere Primo de Rivera, dessen letzter Plan, als Sieger aus Marokko in Madrid einzuziehen, nun auch bereits als gescheitert angesehen werden kann, hat das Regieren längst satt und wäre froh, mit heiler Haut davonzukommen. Sein Lieblingsplan war, das Direktorium in eine Zivilregierung umzuwandeln, deren Leitung er beizubehalten wünschte. Die Minister wollten er aus einer neuen Partei, der „Union patriótica“ entnehmen, die an den Rockschößen des Militärs gebildet werden sollte. Man kann jedoch schon heute sagen, daß die Gründung dieser Partei fehlgeschlagen ist. Vielleicht wird noch ein anderer General versuchen, eine zweite Diktatur auf den Trümmern der ersten zu errichten, eine wirkliche Lösung der spanischen Frage ist nur auf einer völlig neuen Grundlage möglich. Eine neue Grundlage, das heißt auch nicht die alte vordiktatoriale, die auch nicht viel demokratischer und weniger korrupt war. Man muß dem spanischen Volke wünschen, daß es ohne allzu schwere Erschütterungen die Stagnation der Generalsdiktatur überwindet. Eine Lehre enthalten diese 13 Monate jedoch auch für das übrige Europa, und zwar die, daß die Diktatur und besonders die Militärdiktatur, im modernen Leben ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Das Magdeburger Urteil.

Kahl findet es „unbegreiflich“.

Der Urteilspruch, den das Magdeburger Gericht gefällt hat, hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß er eine gemeinsame Front aller anständigen Menschen herbeiführte, die sich gegen diesen Skandal wandten. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß Deutschnationale und Deutschvölkische sich außerhalb dieser Front stellen. Das schamlose Verleumdungswerk ist und bleibt ihre Spezialwaffe und niemand wird ihnen das Recht auf diese Waffe streitig machen wollen. So tanzt der „Völkische Kurier“ mit keinem Wort aus der Reihe, wenn er über den Magdeburger Prozeß schreibt:

Man konnte es wagen, an die Spitze dieses zermürdeten, gemäßigten und verratenen Volkes wie zum hohen ausgerechneten einen politischen Demagogen zu stellen, der seit Jahrzehnten sein Lebenswerk in der Verächtlichmachung der nationalen Weltanschauung Deutschlands erblickte. Und dieser Mann hatte die Schamlosigkeit, sich als Retter des Vaterlandes von seinen gesinnungsverwandten Claqueuren bemehrdauern zu lassen.

Bis im 6. Jahre seiner usurpierten Amtsführung endlich ein deutscher Richter aufsteht und sich getraut, „den Landesvater“ als das zu bezeichnen, was er ist: Als Landesvater! Dieser wackere deutsche Richter verdient im Gegenzug zu vielen seiner an der Futtertrappe hängenden Kollegen in Wahrheit seinen Ehrennamen. Sein Urteil ist eine nationale Tat von jener seltenen Art, die uns allein dazu ermutigt, in dieser trostlosen Zeit der allgemeinen Korruption und nationalen Verwilderung noch nicht jede Hoffnung auf die endliche Wiederbefreiung des deutschen Vaterlandes von seinen inneren und äußeren Feinden aufzugeben. Heil diesem deutschen Mann.

Solchen echt völkischen Erguß nimmt man zur Kenntnis und legt ihn zu den übrigen. Diese „Erneuerer Deutschlands“ tun selbst alles, was in ihren Kräften steht, um sich bei jedem Anständigen unmöglich zu machen. Ihre Dredsprüger werden darum nur die gegenteilige Wirkung erzielen.

Vielmehr wird die Öffentlichkeit das beachten, was der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Jurist Dr. Kahl zu dem Magdeburger Urteil zu sagen hat. Er beschäftigt sich

in einem Beitrage der „Völkischen Zeitung“ eingehend mit der juristischen Seite des Urteils und kommt zu dem schließlich vernichtenden Urteil:

„Ich achte die Rechtsüberzeugung des deutschen Richters als solche auch dann, wenn ich sie nicht zu teilen vermag. Im vorliegenden Falle ist sie mir unbegreiflich.“

Kahl legt die Sonde seiner juristischen Kritik an der famosen Stelle der Urteilsbegründung an, wonach ein „objektiver Landesverrat“ vorliegen soll. Er legt dar, daß diese Fiktion auch juristisch vollkommen unhaltbar ist. Er weist die Begründung des Magdeburger Urteils, wonach die Beteiligung an dem Munitionsarbeiterstreik, weil sie „vorläufig“ erfolgt sei, „an sich“ schon Landesverrat darstelle, entschieden zurück:

„Es ist ein Grundirrtum, den Vorfahbegriff zu mechanisieren und zu schablonisieren... Der Sinn des Landesverrats läßt eine andere Umgrenzung als die Aufnahme der Schadenszufügung in das Willensmoment nicht zu. Die behauptete Abweichung der juristischen von der moralischen Bewertung ist nicht vorhanden... Einen moralisch desinjizierten juristischen Landesverrat gibt es überhaupt nicht. War durch den Nachweis der beabsichtigten Schadensabwendung der Nebenkläger moralisch entlastet, dann war er auch juristisch als Landesverrat nicht anzusprechen.“

Diese Kritik von juristischer Seite trifft das Kernstück der Magdeburger Urteilsbegründung, in der gewissermaßen ein in Reinkultur rein juristisch herauskristallisierter Landesverrat ohne Berücksichtigung der Absichten des Täters konstruiert wird. Kahl weist auch juristisch diese jedem normalen Rechtsempfinden widersprechende Deduktion entschieden zurück. Er kommt auch weiter zu dem Schluß, daß auf Grund der Magdeburger Urteilsbegründung die Bestrafung des Angeklagten vollkommen unverständlich werden muß:

„Wäre diese scharfe Gegenüberstellung von juristischem und moralischem Landesverrat haltbar, warum dann, habe ich beim Durchlesen der Begründung mich unwillkürlich gefragt, warum denn die moralische Freisprechung und juristische Verurteilung zugleich?“

Diese Frage hat sich wohl Kahl nicht allein vorgelegt. Sie hat sich wahrscheinlich jeder zu eigen gemacht, der ohne das juristische Rüstzeug Kahls versucht hat, den eigentümlichen Gedankenüberwindungen der Magdeburger Richter zu folgen.

Kahl wünscht in seinem Artikel ausdrücklich, daß seine Kritik des Magdeburger Urteils nicht politisch ausgeschlachtet werde. Er ist sich aber selbst darüber im Klaren, daß hier Recht und Politik sich kaum trennen lassen. Der Begriff des Landesverrats ist in Deutschland in der letzten Zeit oft genug in einer Weise ausgelegt worden, der den Gedankengängen des Magdeburger Urteils entspricht. Landesverrat war und ist zurzeit in den Köpfen nicht nur der deutschnationalen Presse, sondern offenbar auch der zahlreichen von deutschnationalen Gedankengängen beeinflussten Richter jede Handlung, die von anderen als deutschnationalen Erwägungen ausgeht. Kahls Kritik am Magdeburger Urteil erhebt sich dadurch zu einer Kritik an dem Unfug der in Deutschland mit dem Landesverratsparagrafen getrieben worden ist und noch betrieben wird.

Wenig Dinge haben Deutschland außenpolitisch so sehr geschadet, wie diese pathologische Landesverratsphobie. Wenn man im Stille der deutschnationalen Presse und auch vieler Juristen urteilen wollte, müßte man sogar zu dem Ergebnis kommen, daß der größte Landesverrat von denen verübt wurde und wird, die jede abweichende Meinung mit dem Landesverratsparagrafen glauben ersticken zu können. Die Befreiung Deutschlands von dieser krankhaften und verächtlichen Mentalität würde nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch ein bedeutender Fortschritt sein. Vielleicht trägt auch Kahls Kritik, nachdem der Magdeburger Urteilspruch das Grotteste gewisser Gedankengänge auch Minderbegabten offenbart hat, dazu bei, eine solche Entwicklung zu fördern.

Kundgebungen für den Reichspräsidenten.

Vanderreregierungen, Politiker, Führer des geistigen Lebens gegen Magdeburg.

Dem Reichspräsidenten ist aus Anlaß des Urteils im Magdeburger Prozeß eine große Fülle von Kundgebungen zugegangen. Außer den bereits veröffentlichten Erklärungen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung hat auch das heilige Staatsministerium sich dem Beschluß des Reichskabinetts angeschlossen und dem Reichspräsidenten sein unerschütterliches Vertrauen ausgesprochen. Ebenso trat der Senat der freien und Hansestadt Hamburg der Erklärung der Reichsregierung in vollem Umfange bei, indem er seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die Feststellungen des Magdeburger Prozesses erneut beweisen, mit welcher vorbildlicher Treue der gegenwärtige Reichspräsident jederzeit dem Vaterlande gedient hat. Sehr zahlreich sind auch die Kundgebungen von führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen, insbesondere aber auch des geistigen Lebens Deutschlands; so schreibt zum Beispiel Prof. Dr. Harnack an den Reichspräsidenten:

Aus den Gefühlen der Gerechtigkeit und aufrichtiger Verehrung ist es mir ein tiefes Bedürfnis, der Entrüstung Ausdruck zu geben, mit der mich der Magdeburger Prozeß und das richterliche Fehlurteil erfüllt haben. Schmachvolles ist hier zum Ereignis geworden, und in Trauer und Beschämung sind wir versetzt. Um so lebhafter aber empfinde ich mit allen guten Deutschen den Dank, den das Vaterland Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, für ihr gesamtes vaterländisches Wirken, insbesondere in den Jahren 1918 und 1919, schuldet, und wie dieser Dank heute in tausenden von Herzen lebt, wird ihn das Urteil der Geschichte für immer befestigen. In dieser Gemisheit bin ich mit dem Ausdruck besonderer Verehrung Euer Hochwohlgeboren ehrerbietigst ergebener Dr. von Harnack.

Professor Max Liebermann schreibt:

„Ich fühle mich gedrungen, Ihnen zu sagen, daß auch ich, wie jeder anständig empfindende Deutsche, über die Begründung des Magdeburger Urteils aufs äußerste empört bin.“

An diese Kundgebungen schließen sich weitere an.

Rechts und links.

Die untergeordneten Organe Sinowjews haben jetzt reichlich Beschäftigung. Trocki muß erledigt werden. In großen, genialen Zügen hat der Herr und Meister schon selbst sein Teil zu diesem edlen Wert beigetragen. Den Rest der Kleinarbeit überläßt er den nachgeordneten Stellen. So veröffentlicht der Sekretär des kommunistischen Exekutivkomitees, Kuznetsov, eine gründliche „Widerlegung“ Trockis. Mit der Bewusstlosigkeit eines Archäologen oder auch Talmudforschers werden Zitate an Zitate gereiht. Jeder Philologieprofessor könnte seine Freude an der Sorgfalt haben, mit der diese keinen Geister den doch wohl etwas größeren Trocki an Zitate aufzuhängen sich eifrig bemühen. Nur an einer Stelle entgleist Kuznetsov in seinem löblchen Eifer. Er versucht auseinanderzusetzen, daß ein Mann wie Trocki — welcher Schmerz — nicht ganz in irgendeinem Schema hineinpaßt. Er habe bedauerlicherweise Widersprüche in sich, was natürlich einem Sekretär der Exekutive nicht passieren kann. So vereinigte er in sich „rechte“ und „linke“ Abweichungen vom allein seligmachenden Heilsweg. Und dann folgt eine wunderbare Charakteristik des rechten und linken Typ:

Der rechte Typ ist der Typus eines Latzmenschen, der wenig spricht, sich wenig äußert und seine Arbeit versteht. Der linke Typus ist aber ein Mensch, dem viel daran liegt, öffentlich eine Rolle zu spielen, der sehr viel verspricht, sehr wenig tut und die Arbeit... schändet. Er schändet sie aber ganz anders, als der rechte Typus sie durchführt.

Kuznetsov schildert ganz offenbar aus offenermüßiger Anschauung kommunistischer Typen. Er wird schon wissen, warum er den linken Typ, der sehr glücklich in der KPD, die Führung in der Hand hat, als aufgedunsenen Schwächer charakterisiert. Besser kann man in der Tat rechts und links in der Arbeiterbewegung nicht gegenüberstellen, als wie Kuznetsov es getan hat.

Auflösung des Weimarer Bauhauses.

Ende September kündigte die thüringische Regierung den Lehrern des Staatlichen Weimarer Bauhauses zum 1. April 1925. Zugleich wurde die Nachricht verbreitet, diese Kündigung sei nicht ernst gemeint, sie sei nur Formlosche. Die Regierung verhandelte schließlich auch weiterhin mit der Leitung des Bauhauses. Es wurde die Errichtung einer Bauhaus-G. m. b. H. vorbereitet, die den Staat vom Hauptteil der finanziellen Kosten befreien sollte. Die Privatindustrie zeigte sich dafür die Summe von 121 000 M. in Beiträgen und Krediten. Auf Grund dieses Geschäftsplanes ermächtigte der Haushaltsausschuß des thüringischen Landtages am 15. November die Regierung, die angebotenen Verhandlungen wegen Gründung einer Gesellschaft zwecks Aufrechterhaltung und Ausbaus des Produktionsbetriebes des Bauhauses weiterzuführen.

Trotz alledem wurde die Leitung des Bauhauses, die bei der Regierung auf Entscheidung drängte, mit immer neuen Forderungen an Garantien für die G. m. b. H. hingehalten, ohne daß als elementare Voraussetzung für weitere Verhandlungen die Zurücknahme der Vertragskündigungen erfolgt wäre. Am 13. Dezember entsandte auch der Vorstand des Mitteldeutschen Industrieverbandes — nach einer Beschäftigung des Bauhauses — zum Staatsminister für Volksbildung drei seiner Beisitzer, die im Namen des Verbandes für den Fortbestand des Bauhauses ausdrücklich eintreten und eine sofortige Zurücknahme der Kündigungen beantragten. Der Minister forderte schriftliche Formulierung dieser Anträge, die aber durch rotsche einzelner Mitglieder des Verbandes über den vorgegebenen Termin hinaus aufgeschoben wurde. Am 23. Dezember erfolgte die Führung des gesamten Staatsministeriums durch das Bauhaus. Die Bauhausleitung hatte tags vorher schriftlich im Namen aller Meister endliche Entscheidung über das Schicksal des Instituts und über die Verträge der Meister gefordert. Als der Leiter des Bauhauses am Schluß der Besichtigung diese Forderung mündlich wiederholte, wurde die Absicht der Regierung durch eine Erklärung des Ministers für Volksbildung, Deutscher, offenkundig. Während er von der Leitung zunächst Verbringung weiterer Garantien „auf Jahre hinaus“ forderte, teilte er im Widerspruch dazu mit, daß er im günstigsten Falle Verträge höchstens mit halbjährlicher Kündigungsfrist abschließen würde. Da die Gründung der geplanten Bauhaus-G. m. b. H. bei einer so kurzen Vertragszeit für die verantwortlichen Personen illusorisch geworden ist, erklärte der Leiter und Meister des Bauhauses da auch ihrer Initiative und Ueberzeugung entsprechende Institut mit Ablauf ihrer Verträge vom 1. April 1925 für aufgelöst. Ob das Bauhaus an anderer Stelle seine Arbeit fortsetzen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Damit ist eine Kulturschöpfung, die nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze zivilisierte Welt von vorbildlicher Bedeutung war, durch die Mordanschläge einer reaktionären Politikerklique zugrunde gerichtet. Was wird nun geschehen? Es werden Protestartikel in deutschen Zeitungen erscheinen, es werden Protestversammlungen abgehalten werden, es werden Protestführungen von „Prominenten“ veröffentlicht werden. Tatsächlich aber ist die Kulturschöpfung perfekt geworden. Immer das alte Bild: deutsche Intelligenz

... sagt Ben Akiba.

Von Ernst Grau.

War mir liegt der bei Dunder u. Humblot in Berlin erschienene „Anekdoten-Almanach auf das Jahr 1824“.

Begeistert sieht man dem vergilbten, stockfledigen Folianten an, daß er auf das ehrwürdige Alter von 100 Jahren zurückblicken kann. In seinem unscheinbaren Gewande hat er, immer nur äußerlich betrachtet, vor anderen Schmökern nichts voraus. Liest man aber nur die erste der 365 Anekdoten, dann wird man überrascht sein, wie aktuell der Inhalt dieses Buches ist. All die vielen Typen, die uns dort entgegenreten, sind liebe vertraute Zeitgenossen. Sie sind heute noch ebenso lebendig wie ehemals.

Gleich auf der ersten Seite liest man:

„Der General von I. hatte, obgleich er immer geschlagen worden, sich doch seinen Posten, und nach und nach ansehnliche Auszeichnungen erhalten. An einem Neujahrstage bekam er mit der Post eine Affie. Als sie geöffnet wurde, um zu sehen, was darin sei, fand man in solcher eine Trommel, und auf dem oberen Felle stand: „Zu nichts nützlich, als geschlagen zu werden!“

Ist das nicht derselbe General, der den Weltkrieg, den Kapp-Zug, den Miller-Bußch und die Wahlschlacht vom 7. Dezember verloren hat?

Zu nichts nützlich, als geschlagen zu werden!

Leider erfährt man nicht, wie weit es dieser General noch gebracht hat.

Der nächste Mann, der schon vor hundert Jahren dem Anekdotenerzähler zu schaffen machte, ist — natürlich — die schwankende Gestalt des volksparteilichen Oberhäuptlings Strefemann. Es heißt so:

„Man machte einem Minister den Vorwurf, daß es ihm an Festigkeit des Charakters fehle: „Eben diesem mir vorgeworfenen Mangel habe ich meine Stelle zu verdanken“, erwiderte er. „Durch ihn erhalte ich mich in meinem Posten. Ich bin jetzt sechzig Jahre alt; meine Zähne, welche hart waren, sind fast alle ausgefallen, eine Junge aber, weich und geschmeidig, hab' ich noch behalten!“

Die Ministerkrise in Permanenz muß wohl auch schon früheren Generationen nicht unbekannt gewesen sein. Der Almanach schreibt über:

„Am ... schon wurden schnell hintereinander Ministerialänderungen vorgenommen. Einer der neuen Minister erhielt, als nach seiner Ernennung, ein Schreiben mit der Aufschrift: „An eine Eggelens, den Herrn Minister von R. ... insofern Hochselben es noch sind.“

Ebenjowenig ist die Ueberspanntheit gewisser Würdenträger

nicht etwa ein Produkt unseres Jahrhunderts. Denn im Almanach findet sich folgende Anekdote:

„Als Don Sancho, zweiter Sohn des Königs von Castilien, Alphons, zu Rom war, ernannte ihn der Papst zum König von Aegypten. Der Papst ließ ihm die Prinzen durch einen Kardinal tun machen. „Berstehen Euer Eminenz dem heiligen Vater“, versetzte Don Sancho, „daß ich über diesen Beweis meines Wohlwollens sehr gerührt bin, und um mich dafür dankbar zu bezeigen, ernenne ich ihn dagegen zum Kaiser von Bagdad.“

Daß es aber schon im Jahre 1824 Menschen gegeben hat, die sich über Reparationsforderungen ganz vernünftige Gedanken machten, wird vielen neu sein. Dennoch findet man im Almanach folgende Notiz:

„Der Minister von I. äußerte sich sehr heftig, bei den Friedensverhandlungen nach Wiederherstellung des Thrones der Bourbons, über die Franzosen und behauptete, es sei nicht mehr als billig, als daß man die Franzosen für die vielfachen Frevel und für die Plünderung von fast ganz Europa nachdrücklich bestrafe. „Erlauben Sie mir eine Frage“, unterbrach ihn eine geistreiche Frau. „Würden Sie einen Strom dafür bestrafen, daß er die Felder verwüstet hat? Die Tropfen, welche aus ihren Ufern traten, sind schon längst versiegt, und die nachfolgenden sind unschuldig.“

Den Reigen mag Herr Raffke beschließen. Auf dem großen Rummelpfad des Lebens ist er seit Jahrhunderten eine unveränderliche Type. Aber ebenso unveränderlich ist der Abscheu, den er immer bei seinen Zeitgenossen gefunden hat. Ich weiß nicht, ob es auch einen Almanach von 1724 gibt. Was aber der Almanach von 1824 über Herrn Raffke schreibt, könnte ebenso gut auch 1924 geschrieben sein. Nämllich:

„Herr I., der im Kriege eben nicht auf die legalste Weise zum reichen Manne geworden war, wollte nun auch die Früchte seiner gefahrvollen Anstrengungen nach dem Frieden genießen. Er machte ein großes Haus, schaffte sich Wagen und Reitpferde an. Einmal wollte er, in Begleitung seines Reitknechts, einen Ritt nach einem einige Meilen entfernten Landgute machen. Er sowohl als sein Diener waren des Weges unkundig, und Herr I. fragte einen auf dem Felde arbeitenden Bauern. Der sah ihn starr an, zeigte dann mit dem Finger nach einem auf einem Hügel stehenden Salgen und antwortete: „Das ist der rechte Weg vor Ein.“ Der Bauer hatte nichts Arges bei dieser Antwort; der Weg führte wirklich bei dem Hochgericht vorbei, Herr I. aber war darüber höchst entrüstet und spie Feuer und Flammen. Der Bauer sah ihn verwundert an und antwortete auf diesen ihm rätselhaften Zorn ganz lakonisch: „Nu, nur Wat te Ein denn in de Krone gefahren, et is doch de reene Wahrheit.“

Eine so mißliche Sache ist es nun um ein böses Gewissen, — schließt der Almanachsdreiber.

